

## Elend und Glück der Zeitenwende

Liane Kilinc,  
Vorsitzende der Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe e.V.

### Rede zur Alternativen Einheitsfeier des OKV

Liebe Freundinnen und Freunde,  
es ist schön, euch auch dieses Jahr wieder zu sehen.

Ich sage das nicht wegen Corona; ich sage das, weil seit 2014 das Damoklesschwert eines großen Krieges über uns hängt und wir ein weiteres Jahr überstanden haben, ohne dass es herabgesaut ist.

Ein Jahr, das bizar्र war und viele Gefühle erregt hat. Scham, angesichts der tiefen Korruption, die in der Bundesrepublik inzwischen völlig ungehemmt ausgelebt wird. Die vielen Betrügereien rund um Corona, vom Maskenskandal bis zum Betrug bei der Zahl der Intensivbetten, ist nur ein kleiner Ausschnitt.

Entsetzen darüber, wie weit der Verfall der gewöhnlichen staatlichen Strukturen fortgeschritten ist, des Teils des Staats, der nicht zur Unterdrückung dient, und der bei der Flutkatastrophe völlig versagt hat. Ein Verfall, der durch die Corona-Maßnahmen mit kaum mehr erreichbaren Behörden und Ärzten, die nur noch zum Impfen zur Verfügung stehen, noch beschleunigt wird.

Erschütterung und Befremden über eine angeblich der Seuchenbekämpfung dienende Politik, die tief in jene Bereiche einschneidet, die uns zu Menschen machen – Kommunikation, Nähe, Berührung, Zuwendung. Die – ohne Einsatz sichtbarer Gewalt – Menschen den Leibensmut raubt und sie in Verzweiflung stürzt.

Zorn über politische Manöver wie den Versuch, der DKP die Eigenschaft einer Partei abzuerkennen, Manöver, die selbst die Grundlagen des bürgerlichen Rechts vollständig ignorieren und noch einmal unterstreichen, dass wir uns längst am äußersten Rand der bürgerlichen Demokratie befinden, dort, wo sie nur noch einen Handstreich vom Faschismus entfernt ist.

Wir sehen, wie materielles und seelisches Elend immer tiefer in die Bevölkerung einschneiden, während die Verursacher und Profiteure, die sichtbaren Exponenten des obersten Teils der herrschenden Klasse wie ein Bill Gates, zu „Philanthropen“, zu Menschenfreunden stilisiert werden und sich die Medien diesen Herrschaf ten gegenüber vor Kratzfüßigkeit überschlagen.

Lenin schrieb, der Imperialismus sei der Kapitalismus, der in Fäulnis übergegangen ist. Das Miasma dieser Fäulnis dünstet noch durch die Masken, die zu tragen wir gezwungen werden.

Das Land, aus dem wir kommen, war anders. Nüchtern, verlässlich. Was gesagt wurde, das wurde nach besten Möglichkeiten auch getan. Menschlichkeit war nichts, was täglich lauthals gepredigt werden musste, sondern etwas, was einfach da war, als Voraussetzung des Denkens und Handelns. Not wahrzunehmen war gleichbedeutend mit dem Auftrag, ihr abzuhelfen. Für das Getane wie für das Nichtgetane Rechenschaft abzulegen, war uns selbstverständlich, so wie es die Hilfe füreinander ebenfalls war, von der Jugend bis ins Alter. So ein Land zu lieben war leicht.

Dieses Deutschland, das über uns kam, ist ein täglicher Schmerz. Es ist aufgedonnert, aber hirnlos; herrschsüchtig, zickig, aber lieblos; großsprecherisch, aber bar jeder Verlässlichkeit; und wir klammern uns an die Hoffnung, dass unter der dicken Schminke, hinter der falschen Fassade doch noch irgendwo genug Nüchternes, Praktisches, Klares verborgen ist, unsere alte Liebe wieder zum Leben zu erwecken.

Der Kapitalismus im Endstadium hat die Vernunft verabschiedet; wendet sich von jeder einzelnen Errungenschaft ab, die er einst in seiner revolutionären Phase der Menschheit gebracht hatte. An die Stelle der feudalen Religion sind moralgetränkte Pseudobegriffe getreten, wie der Klimawandel oder das, was als „Antirassismus“ ausgegeben wird, deren Anhänger mit religiösem Eifer alles Abweichende zur Ketzerrei erklären: Klimawandelleugner, Querdenker. Ein Glauben, der nicht mehr das menschliche Ideal in den Himmel hebt, sondern dessen Ideal völlig von menschlichen Zügen befreit ist, von Materialität, von Geschichte; der vergottete Antimensch.

Diese Neigung zum idealistischen Irresein hat ihre Wurzeln tief in der Agonie der Ökonomie. Die treibenden Gruppen des Kapitals sind jene, die selbst gar keinen Bezug zur materiellen Produktion mehr haben; die dem Glauben

(1) Die allgemein anerkannten, dem Frieden und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker dienende Regeln des Völkerrechts sind für die Staatsmacht und jeden Bürger verbindlich.

(2) Die Deutsche Demokratische Republik wird niemals einen Eroberungskrieg unternehmen oder ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einsetzen.

(Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom Oktober 1968 in der veränderten Fassung vom 7. Oktober 1974)

verfallen sind, dass Geld Geld heckt; die aus dem Wissen, das sich die Menschheit erarbeitet hat, Privatbesitz machen und inzwischen selbst die Luft besteuern. Um ihre Ansprüche, die längst durch reales Mehrprodukt nicht mehr gedeckt werden können, zu befriedigen, verfallen Brücken und Straßen, werden die Löhne so weit gedrückt, dass Kinder zum Luxus werden, wird jedes Stück Infrastruktur, vom Gesundheitswesen über die Energieversorgung bis zur Bildung, Schritt für Schritt privatisiert und zerstört. Jede Vorstellung von Zukunft wird durch einen apokalyptischen Schrecken ersetzt, der, gleich ob nun als Pandemie oder als Klimawandel, nur dazu dienen soll, noch das letzte bisschen Wohlstand aus dem Volk herauszupressen.

Was wir erlebten, als das Volksvermögen unseres Staates verschleudert wurde, war nur der unschuldige Anfang. Der Staat, in dem wir heute leben, erfüllt von den vielen Aufgaben, die ein Staat hat, nur noch zwei: für die Unterdrückung der Besitzlosen zu sorgen und so viel Geld wie möglich an die Besitzenden weiterzugeben. Wie es mit der grundlegenden Aufgabe, das Überleben der Bevölkerung zu sichern, steht, zeigen zwei Punkte zu Genüge: die Tatsache, dass dank Biogasproduktion inzwischen 80 Prozent der pflanzlichen Nahrungsmittel importiert werden müssen, und das Totalversagen angesichts einer angekündigten Flut.

Nicht einmal die Funktion als ideeller Gesamtkapitalist ist noch gesichert – materielle Produktion ist auf ein verlässliches Stromnetz und auf befahrbare Straßen angewiesen; jeder, der sich in der Materie auskennt, weiß, dass viele der großen Brücken, die seit Jahrzehnten nicht gewartet wurden, demnächst nur noch gesperrt werden können, und die pathetisch verkündete Energiewende wird dafür sorgen, dass auch der Strom nicht mehr sicher ist. Es ist nicht nur das ökonomische System, das in Fäulnis übergegangen ist; es ist die Kultur, es sind selbst die Gebäude, es sind die Beziehungen zwischen den Menschen. Wie oft erlebe ich es, dass der Mangel an menschlicher Zuwendung, an sozialem Leben bei denen, die ich pflege, nicht nur die Lebenslust nimmt, sondern auch in ungerichtete

Aggression umschlägt. Selbst des unschuldigsten Lächelns beraubt, begegnen sich die Menschen mit Misstrauen und Zorn. Dieses Land verfault bei lebendigem Leib.

Dem großen Bruder jenseits des Atlantiks geht es nicht anders. Die Stadt Las Vegas lieferte dafür ein schönes Beispiel – statt den vielen Obdachlosen während der „Lockdown“ genannten Gefangenschaft Unterkunft in den vielen leerstehenden Hotels zu gewähren, verfrachtete sie sie auf einen Parkplatz. Auf dem dann die Linien, die die Stellplätze für die Autos voneinander trennen, die Grenzen des Bereichs darstellten, in dem die Untergebrachten zu existieren hatten. Die Stadt San Francisco stellt für 20.000 Dollar das Stück neue Abfallkörbe auf die Straßen, während die Obdachlosen in Skid Row (etwa Kufeneihe; Isor Red.) zwischen ihren Exkrementen leben müssen und an Typhus verenden.

Zu unserem Glück wie zu unserem Elend stehen wir an einer Zeitenwende. Zum Glück, weil wir nach China blicken können – ein Blick in die Zukunft, in jeder Hinsicht – und wahrnehmen können, dass die Menschheit wie die Menschlichkeit noch vorhanden sind, dass diese nüchterne Verlässlichkeit, die wir von einer guten Ordnung erwarten, immer noch bis in den Himmel trägt und zugleich im letzten Winkel die Armut beendet.

Zum Glück, weil die großen Räuber, voran die Vereinigten Staaten, gleich hinterher aber dieses Großdeutschland, an ihre Grenzen stoßen, ihre Pläne scheitern. Sie zusehen müssen, wie sich mit Lateinamerika und Afrika ganze Kontinente langsam, nicht ohne Rückschläge, aber unaufhaltsam aus ihrem Zugriff befreien. Zum Glück, weil dieser Gegenpol, der sich um China und Russland gebildet hat, militärisch stark genug ist, keine Zugeständnisse machen zu müssen.

Zum Glück, weil wir, wenn auch aus der Ferne, bestätigt sehen können, dass der Weg in die Zukunft der Menschheit, den Marx und Engels zuerst skizziert haben, weiter begangen wird

und die Hoffnung, dass die Menschen ohne die Zwänge der Klassengesellschaft miteinander für ihr eigenes Wohl wirken können, lebt.

Und zu unserem Elend, weil es bis zu dem Moment, an dem die hiesigen Mächte untergehen, keine Garantie gibt, dass sie nicht lieber die Menschheit mit sich reißen. Weil die Versuchung, sich in einen großen Krieg zu retten, nicht damit schwindet, dass man ihn wahrscheinlich verlieren würde. Weil Vernunft in diesen Kreisen, wie auch in den Kreisen der dienstbaren Politik, ein rares Gut ist. Weil der Wahn des endgültigen Sieges, den der Westen nach 1989 kultivierte, sich so tief ins Denken gefressen hat, dass eine veränderte Wirklichkeit schon fast nicht mehr durchdringt.

Zu unserem Elend, weil wir den Verfall sehen und nicht aufhalten können. Weil wir wissen, wie eine Zukunft zu erlangen ist, aber nicht durchdringen können. Weil rund um uns hysterische Debatten tobten und die Menschen immer vielfältiger gegeneinander gerichtet werden. Was 2014 mit den Vorwürfen von „Querfront“ begann und noch genug Vernunft vortäuschen konnte, um viele zu verwirren, was dann 2015 mit dem Vorwurf des Rassismus gegen jeden, der Merkels Migrationspolitik nicht bejubelte, fortgesetzt wurde, ist mittlerweile zu einer allgegenwärtigen Zensur gewachsen, die jede rationale Debatte verhindert und durch das Einfordern von Bekenntnissen zum jeweils aktuellen Katechismus ersetzt, und wer die neuen Gesetze in Frankreich mitverfolgt hat, mit Strafen von einem Jahr Gefängnis für Writte, die die Impfpässe ihrer Gäste nicht kontrollieren, und einem halben Jahr für das unerlaubte Aufsuchen einer Wirtschaft, erkennt, dass der Gruß vor diesem Geßler Hut mit allen Mitteln eingefordert wird.

Jeder Schritt dieser Entwicklung hat die wirkliche Gesellschaft und ihre realen Widersprüche weiter aus der Wahrnehmung gedrängt. Wir wissen, dass eine Veränderung,

echte politische Bewegung, die sich der realen Probleme annimmt, erst dann möglich ist, wenn die harte, materielle Wirklichkeit wieder die Oberhand gewinnt. Das wird sie tun; das zeigte sich ein wenig mit der Flut, nach der auch erst das Lied vom Klimawandel angestimmt wurde, und dann doch das ganz konkrete Versagen sichtbar wurde.

So, wie auch sichtbar wurde, dass die Menschlichkeit immer noch da ist, selbst wenn der staatliche Apparat ihr abgeschworen hat. Und mitten in der Katastrophe noch die Dreistigkeit besaß, statt Nahrung und sauberem Wasser – einen Impfbus zu schicken und die Einhaltung von Abständen bei Aufräumarbeiten zu kontrollieren. Aber selbst unter Verleumdungen und von den Behörden behindert ließen sich Hunderte Menschen nicht abhalten, Hilfe zu leisten.

Die Wirklichkeit lässt sich nicht ewig verborgen. Nicht der Zustand dieses Landes noch der Zustand des ökonomischen Systems, und auch dass die Macht dieses imperialistischen Blocks im Schwinden begriffen ist. Selbst wenn wir heute in diesem Sumpf nur mit Mühe den Kopf über Wasser halten, wissen wir doch, wo festes Land ist. Wir werden dieses Wissen aufbewahren und weitergeben, und weder administrative Verbote noch Distanzgebote werden daran etwas ändern. Denn wir wissen, so wie Brecht geschrieben hat:

Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen.

Aber wir wissen:

Er ist das Ende der Verbrechen.

Er ist keine Tollheit, sondern

Das Ende der Tollheit.

Er ist nicht das Chaos

Sondern die Ordnung.

Er ist das Einfache

Das schwer zu machen ist.

\*

## Zwischenruf

**Wenn die großen Herren ihren Löffel in dem Brei haben,  
dann bleibt für den gemeinen Mann nur der kalte Teller.  
Also so nicht bitte, Herr Feuchtwanger; Sie mit Ihren  
Narrenweisheiten**

Wir überlebten gerade eine Richtungswahl. Da wird sich ausgerichtet auf „Aufbruch“ und „Erneuerung“.

Die Auserwählten haben schon ihre Tuschkästen aus den Zuckertüten geholt und röhren die Farben an. Die müssen so süß sein, dass sie Begriffe wie Armut, Niedrigrenten, und hohe Mieten und Pflegekosten übertünchen können.

Auch „unser“ 20 Jahre währender Kriegseinsatz in Afghanistan oder die anderen Dutzend, die in anderen Ländern noch Gelegenheit für Soldatentode bieten. Mit China und Russland tun sich neue Perspektiven auf.

Bis es so weit ist, retten wir das Klima, digitalisieren nach deutscher Art (also möglichst schonend) und wursteln an der Infrastruktur herum. Dazu gehört unser Beitrag für die „Ertüchtigung“ von Straßen- und Eisenbahnbrücken in Richtung Osten zusammen mit unseren

„Partnern“ in der „Europäischen Union“, der Friedensnobelpreisträgerin. Denken wir dabei aber stets an die deutsche Führungsrolle. Auch als Niedriglohnland.

Es gibt also viel zu tuschen, wofür just die Farben gemischt werden. Noir ou rouge, schwarz oder rot? Beim Roulette gewinnt immer nur die Bank. Daran wird auch die „Erneuerung“ nichts ändern, zu der wir (auf)brechen.

Kommt eine neue Zeit? Es kommt eine Zeit neuer Herren. Und auch die sind nur Angehörige der Geschäftsführung der Banken und Konzerne. Nichts Besonderes.

Dante, dessen 700. Todestag in diesem Jahr begangen wird, hinterließ in seiner „Göttlichen Komödie“, - vielleicht war es sogar ein Wahljahr in Florenz und der Titel seines Werkes ein Hinweis auf den Wahlkampf. - einen Ausspruch, den Karl Marx so im letzten Satz seines Vorworts zur ersten Auflage des „Kapitals“ frei zitierte: „Geh deinen Weg und lass die Leute reden.“

Machen wir, Karl.

w.k.

## Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand beschloss, die für 2021 geplante Vertreterversammlung unseres Vereins, die coronabedingt ausfallen musste, im Juni 2022 nachzuholen. Mit den Vorbereitungsarbeiten wird begonnen, im November 2021 wird noch einmal beraten und danach werden die entsprechenden Orientierungen an die TIG herausgegeben.

\*

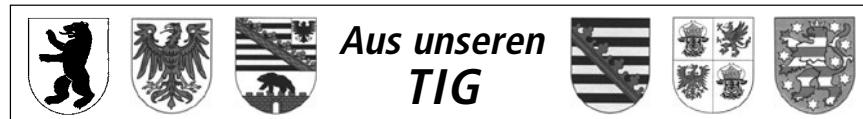
Der Geschäftsführer berichtete über die vorliegenden Informationen zu einer sog. Härtefallregelung für durch die Rentenüberleitung benachteiligte Bürger. Da die Angehörigen der Sonderversorgungssysteme hierbei bisher nicht berücksichtigt wurden, wurde bei Kanzleramtsminister Helge Braun nachgefragt, ob es sich um eine schon abschließende Regelung handelt bzw. warum keine Gleichbehandlung aller Betroffenen erfolgt. Eine Antwort steht noch aus. Ohnehin ist die geplante Härtefall-

regelung, die einmalige Entschädigungen vorsieht, auf einen Personenkreis begrenzt, der ein Rente nahe der Armutsgrenze bezieht.

\*

Der Vorstand beschloss, die Spendenaktion für Kuba bis Ende Oktober 2021 zu verlängern. Das bisherige Spendenaufkommen beträgt 23.277,40 Euro.

\*



Am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau gedachten am 12. September Bernauerinnen und Bernauer der gepeinigten Opfer der Zwangsarbeit, untergebracht in Lagern in und um Bernau, um in Betrieben, wie der Fa. Bergmann & Co Bernau, Schulze & Schneider Kabelwerke in Schönow oder den Brandenburgischen Motorenwerken in Basdorf Rüstungsgüter herzustellen. Niederländer, Belgier Franzosen, Italiener, Polen, Russen, Ukrainer beiderlei Geschlechts. Unter völkischen Gesichtspunkten behandelt, hieß Ostarbeiter zu sein, als Arbeitskraft verbraucht zu werden.

In einer Welt des Herrenmenschenstums bis ins letzte Glied, doch auch unter Widerständlern, deren Enttarnung gleichzusetzen war mit Tod. So erlitten von Auguste Haase unterm Fallbeil am 12. Januar 1945 in Berlin Plötzensee. Maria Schedorowa, Zwangsarbeiterin in Schönow, 1944 in das KZ Ravensbrück verbracht, erlebte das Grauen.

Die Veranstaltung wurde auch in diesem Jahr vom Arbeitskreis Gedenken des Territorialen Bündnisses gestaltet, in dem unsere TIG aktiv ist. Unter der Fahne des Kreiskomitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR hörten wir allen bekannte Lieder, wie „Bandiera Rossa“, „Venceremos“ oder das von einem Kinderchor gesungene „Kleine weiße Friedenstaube“. Chansons des in Basdorf als Zwangsarbeiter von 1943 bis 1944 tätigen Georges Brassens begleiteten die Zeremonie.

**Klaus-Dieter Jäschke, TIG Barnim**

\*

## Beratung und Erfahrungsaustausch mit Berliner TIG

Am 29. September 2021 fand eine Beratung mit Vertretern der Berliner TIG und dem Vereinsvor-

sitzenden von ISOR, Horst Patron, statt. Inhaltlich befasste sie sich mit aktuellen Problemen der Vereinsarbeit. Von allen Rednern wurde die bestehende Situation in den TIG des Landes Berlin so charakterisiert, dass das zunehmende Lebensalter unserer Mitglieder und die damit verbundenen gesundheitlichen Einschränkungen das Vereinsleben in den TIG bestimmen. Trotzdem wurde auch betont, dass die Arbeitsfähigkeit im Fokus der weiteren Arbeit stehen wird und die Suche nach Mitgliedern, welche für die künftige Vereinsarbeit gewonnen werden können, verstärkt werden muss. In diesem Zusammenhang wurde auch über Argumente zur Auflösung des Vereins in der Mitgliedschaft Stellung bezogen. Einmütig wurde der Standpunkt vertreten, dass wir als Verein weiter bestehen wollen und, trotz bestehender Ignoranz bei den politisch Verantwortlichen, uns nicht geschlagen geben werden.

Im Mittelpunkt der Beratung standen weiterhin unsere Aktivitäten in der Arbeit mit dem Gutachten von Prof. Dr. Dr. Merten und die Vorbereitung der verschobenen Vertreterversammlung im Juni 2022. Dank und Anerkennung wurde Hans-Peter Speck ausgesprochen, der über viele Jahre als Landesbeauftragter der TIG in Berlin für den Vereinsvorstand tätig war. Als neuer Landesbeauftragter beim Vereinsvorstand wurde Herbert Kranz berufen, dem wir hiermit alles Gute für seine zukünftige Arbeit wünschen wollen. Auch die lobenden und anerkennenden Worte zu unserer monatlichen Zeitung ISOR-aktuell wollen wir nicht unerwähnt lassen. Es wurde vereinbart, dass es im Februar oder März des kommenden Jahres wieder ein Treffen auf dieser Ebene geben wird. Wünschen wir uns Gesundheit und einen aufgeweckten politischen Geist für unsere weitere Vereinsarbeit.

**Lothar Schlüter**

## Aus der Postmappe

### Vergesst unsere Antifaschisten nicht!

Unter diesem Motto wurde am 14. September 2021 die Gedenktafel für Artur Becker, dem Kommunisten, ehemaligen Reichstagsabgeordneten der KPD und Politkommissar des Thälmann-Bataillons im Spanischen Bürgerkrieg, vor dem Haus Schlichtallee 1 in Berlin-Lichtenberg enthüllt. Eine zu DDR-Zeiten am Haus angebrachte Gedenktafel fiel der Bilderstürmerei während der Konterrevolution zum Opfer. In der DDR wurden nach ihm Straßen, Schulen und Industrieanlagen benannt, die Freie Deutsche Jugend verlieh die Artur-Becker-Medaille. Die Offiziershochschule des MdI, ein Torpedoschnellboot der DDR-Volksmarine, die Kaserne des Panzerregiments 8 der NVA, das ehemalige GST-Taucherausbildungsschiff trugen den Namen „Artur Becker“. In Berlin-Lichtenberg erwarb die 23. Polytechnische Oberschule den Ehrennamen „Artur Becker“. Die alljährlichen Artur-Becker-Gedenkläufe der Schule endeten an der Gedenktafel. Die Schüler wurden mit dem antifaschistischen Erbe vertraut gemacht. Es ist lobenswert, dass in Berlin-Lichtenberg ein Verein dafür kämpft, dass die über 20 Gedenktafeln, die dem heutigen System zum Opfer fielen, erneut angebracht werden und diese Initiative vom jetzigen Bürgermeister Michael Grunst unterstützt wird. Würdigende Worte fanden er und die Vorsitzende der VVN/BdA in Lichtenberg. Diese Würdigung wurde musikalisch umrahmt. Danke! Mich persönlich verbinden Erinnerungen an das Filmprojekt „Artur Becker: Lebensbild eines jungen Patrioten“. Der Regisseur Rudi Kurz erschien 1970 an der Juristischen Hochschule Potsdam, nahm an Proben des Hochschulchores teil und entschied sich, die kämpferischen Spanienlieder des Chores als Hintergrundmusik für seinen Film zu nehmen. Ich war damals Mitglied des Chores.

**Horst Hommel, Berlin**

\*

# BILANZ 1

## Die Rückkehr deutscher Kolonialoffiziere

### Die Annexion der DDR brachte den Ostdeutschen Fremdbestimmung, Diskriminierung und Ausgrenzung

Von Hans Bauer

**Unser Autor ist Vorsitzender der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) und Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV). Als parteiloser Kommunist kandidiert er auf Platz 1 der Berliner Landesliste der DKP zur Bundestagswahl.**

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, hat schon einmal deutlich gemacht, wer in dieser Gesellschaft abgeschrieben ist, auf wen man gern verzichten möchte: Das sind die „Diktatur-Sozialisierten“. Damit meint er ehemalige DDR-Bürger, die in der „SED-Diktatur“, in einem „Unrechtsstaat“, aufgewachsen sind. Er kennt dabei allerdings in seiner geistigen Beschränktheit, dass auch nicht in der DDR Sozialisierte – später Geborene und Westdeutsche – den Kapitalismus samt seiner Demokratie ablehnen. Sie wissen die sozialistische Demokratie zu schätzen, die Frieden, sichere Arbeit, Geborgenheit und Solidarität beinhaltet – und die in der DDR beheimatet war. Gegenwärtig erleben wir gerade in Afghanistan, welche Inhalte das westliche „Wertesystem“ hat und wohin dies führt. Besonders die Wahlen zum Bundestag sind Anlass, bundesdeutsche Politik in Bezug auf den Umgang mit der DDR zu prüfen.

#### Feindliche Übernahme

DDR-Bürgerinnen und -Bürgern wurde besagtes Wertesystem zwar nicht gewaltsam oktroyiert, aber die Vereinnahmung ihres Landes glich einem Krieg – einem Krieg nach innen mit Millionen Opfern. Es war eine Annexion, die einer Kolonialisierung gleichkam, geführt als Prozess imperialistischer Unterwerfung mit bürokratisch-deutscher Gründlichkeit.

In den 1950er-Jahren hat sich der französische Philosoph Jean-Paul Sartre mit dem Kolonialismus Frankreichs beschäftigt. Als Hauptmerkmale charakterisierte er: Widerstände brechen, Kader zerschlagen, unterwerfen, terrorisieren, koloniales Wirtschaftssystem etablieren, keine eigene Industrie schaffen, das Kapital bleibt in Frankreich, Fertigwaren in Kolonien absetzen. Zu Recht haben bereits nach 1990 Wissenschaftler von einer Kolonialisierung der DDR gesprochen, die Bedingungen unterscheiden sich, Methoden und das Profitziel gleichen sich. Der erste Chef der Treuhand, Detlev Rohwedder, beklagte, dass sich Unternehmer beim Überschreiten der „Zonengrenze“ wie „Kolonialoffiziere“ bewegten.

Die Kolonialisierung begann mit der Ausnutzung innerer Widersprüche der DDR und gezielter Einmischung in deren innere Angelegenheiten durch die BRD. Noch vor dem „Beitritt“ der DDR zur BRD am 3. Oktober 1990 leitete die Währungsunion am 1. Juli desselben Jahres die Zerstörung der Volkswirtschaft eines ganzen Landes ein. Der folgende Umbau der sozialistischen Planwirtschaft in eine kapitalistische, angeblich „soziale“ Marktwirtschaft führte zu fast vier Millionen Arbeitslosen; das entsprach etwa 45 Prozent der Erwerbstägigen. Die Treuhand erwies sich hierbei als das entscheidende Instrument, das mit kriminellen Methoden enteignete, verschleuderte, korrumpte, gesellschaftliches Eigentum privatisierte. Laut Rohwedder blieben von über 600 Milliarden DM übernommenen DDR-Vermögens nach Auf-

lösung der Treuhand Schulden von mehr als 200 Milliarden DM, ein Minus von rund 850 Milliarden DM. Soweit DDR-Kader noch benötigt wurden, zumeist nur für einen kurzen Zeitraum der Übernahme, unterlagen sie einem ausgeklügelten System der Überprüfung und Auslese, einer Art „Radikalenerlass für die DDR“. Arbeits- und Perspektivlosigkeit im Osten führten zur Massenabwanderung insbesondere junger Menschen. Spezialisten gingen ins Ausland. Städte wurden entvölkert und schrumpften, es blieben nur die Alten. Durch Import von 30.000 Beamten aus dem Westen, darunter viele abgeholtete „Führungskräfte“, wurde das besetzte Land fremdbestimmt. Das spiegelte sich in den Verwaltungen wider, vor allem in den Schlüssel- und Spitzenpositionen. Um möglichen Widerstand zu brechen, wurden die führenden Kader der DDR kriminalisiert und bestraft, mit etwa 85.000 Strafverfahren, mehr als 1.000 Verurteilungen, Rentenkürzungen und öffentlichen Diffamierungen. Die Arbeits- und Lebensbedingungen, Einkünfte und Renten der „neuen Bundesbürger“ entsprachen nicht denen der Bürger in den alten Bundesländern. Das eigene Grundgesetz, das in allen Bundesländern „gleichartige“ Lebensverhältnisse nach Artikel 72 vorschreibt, wurde damit verletzt. Die zunächst im Grundgesetz geforderte „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ wurde gegen Mitte der 1990er-Jahre in „gleichwertige“ abgemildert – und selbst das wurde nicht erfüllt.

#### Zerstörung und Umerziehung

Um das aufgezwungene koloniale System zu festigen und nachhaltig zu installieren, musste die Bevölkerung umzogen werden. Es wurde eine umfassende Strategie der psychologischen Einflussnahme entwickelt. Politiker, Journalisten, Wissenschaftler, Karrieristen, tatsächliche und gekaufte Opfer, sogenannte Bürgerrechtler und missbrauchte Bürger waren die Akteure. Alles Sozialistische im Denken und in der Erinnerung der Menschen mussten getilgt werden. Konkret bedeutete das, die DDR als Staat zu delegitimieren und sie als „Unrechtsstaat“ vorzuführen. Vor allem ihre politischen Grundlagen, ihre sozialistische Partei, die SED, und ihre Staatsmacht, galt es zu diskreditieren. Vielfältige Konzeptionen zum Umgang mit der Geschichte sowie zur Erinnerungs- und Gedenkstättenkultur, Bildungsarbeit in Schulen und Nutzung von Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) waren Teil dieser Strategie. Die DDR wurde in die Nähe der faschistischen Diktatur gerückt. Die Lebensleistungen Ostdeutscher, ihre Errungenschaften und Fähigkeiten wurden negiert und schlechtgemacht; Kultureinrichtungen und Kunstwerke wurden geschleift oder umgewidmet. Eine „Aufarbeitungsindustrie“ im großen Stil und mit beachtlichen finanziellen Mitteln ist nach der staatlichen Vereinigung mit Strukturen, Institutionen und Einrichtungen entstanden. Die abhängigen Medien erfüllten dabei

ihren Auftrag als Sprachrohr der Herrschenden vorgbildlich. Ostdeutsche wurden im eigenen Land zu Bürgern zweiter Klasse. Bewusst missachtet wurde, dass beide deutschen Staaten über Jahrzehnte nicht nur getrennte, sondern völlig verschiedene Wege gegangen sind. Das hat unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen geformt. Ihre Überzeugungen und Anschauungen entwickelten sich in vielen Bereichen gegensätzlich. So haben sich auch eigene Sitten, Traditionen, Gewohnheiten herausgebildet, sogar in der Sprache.

In 40 Jahren DDR hat sich weitgehend ein Wertesystem herausgebildet, das von sozialistischen Ideen und Erfahrungen geprägt war. DDR-Bürger haben eine fundierte Schul- und Berufsausbildung erfahren; in ihrer Mehrheit haben sie sich eine wissenschaftliche Weltanschauung angeeignet, die es ihnen ermöglichte, in gesellschaftlichen Perspektiven und dialektischen Zusammenhängen zu denken. Eigennutz und individuelles Gewinnstreben waren ihrem Denken fremd; soziale Sicherheit, ein hohes Maß an Gerechtigkeit sowie kulturelle und politische Teilhabe waren Selbstverständlichkeiten der gesellschaftlichen Realität ihres Staates. Friedensliebe, Gemeinschaftsgeist, Solidarität, Antifaschismus, Internationalismus, Völkerfreundschaft waren nicht nur Worte, sie waren mit Erfahrungen und Inhalten eines Lebens erfüllt, an dem viele Menschen teilgenommen und mitgewirkt haben. Zu den Grundwerten gehörte auch aus historischer Verantwortung eine tiefe Freundschaft zu anderen Ländern, insbesondere zur Sowjetunion, heute zu ihren Nachfolgestaaten. Viele DDR-Bürger haben dieses zutiefst humanistische Gesellschaftsmodell Sozialismus bewusst und mit ganzer Kraft mitgestaltet. Und sie haben ihre Erfahrungen bewahrt und vermitteln sie bis heute weiter.

### Der Zustand im Jahre 2021

Auch nach mehr als 30 Jahren staatlicher Einheit hat sich nichts Grundlegendes am geschilderten Zustand geändert. Berichte der Regierung und ihrer Beauftragten räumen zwar bestehende Mängel und Unzulänglichkeiten ein, beschönigen aber die tatsächliche Lage. Die Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse hat bis heute nicht stattgefunden; die konkreten sozialen, kulturellen und politischen Lebensbedingungen bleiben meist unerwähnt, offenbar fürchten die Herrschenden einen Vergleich. Für viele Betroffene haben sich die Gräben gerade in diesem Bereich noch vertieft. Die aktuelle Politik der Bundesregierung und ihre öffentliche Präsenz durch Politiker und Medien verstärkt im Bewusstsein vieler Menschen die Spaltung zwischen Ost und West sogar.

### Ein Symbol wird geschleift

Der „Palast der Republik“ war als „Haus des Volkes“ ein Symbol der DDR. Er wurde abgerissen. Dafür begann an seiner Stelle der Wiederaufbau des Berliner Schlosses mit dessen rekonstruierter Fassade; das Gebäude wurde jüngst als „Humboldt Forum“ eröffnet. Den Palast haben nicht nur Ostdeutsche mit Bewunderung, Freude und Stolz selbst erlebt. Der Abriss war politisch motiviert und damit eine Missachtung und Beleidigung vieler DDR-Bürger. Das errichtete Fake-Schloss symbolisiert nun die Gesellschaft, in der wir heute leben: außen prunkvolle Attrappe, innen Selbstdarstellung und Fälschung, natürlich auf höchstem technischen Niveau. Wie es sich für Deutschland gehört.

### Gefälschte Geschichte

Erstmalig beschloss der Bundestag im Juni 2021 die Ernennung einer „Beauftragten für die Opfer der SED-Diktatur“. Damit wurde eine neue Phase der sogenannten Geschichtsaufarbeitung eingeleitet. Die zeitgleiche Überführung der MfS-Unterlagen, perfide als „Stasi-Unterlagen“ bezeichnet, in das Bundesarchiv wurde nicht etwa als Gelegenheit zur Beendigung der würdelosen Menschenjagd genutzt, sondern zur Verschärfung der Angriffe auf die DDR. Die gesetzlich geregelten

Einsichtnahmen in diese Unterlagen wurden bis 2030 verlängert und werden dann seit 40 Jahren andauern. Der Standort des MfS soll mit hohem Aufwand zur „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ umgebaut werden, ebenso die zwölf Außenstellen. Einsichtnahmen in die Unterlagen werden künftig auch im Westen Deutschlands möglich sein, in Ludwigsburg, Koblenz, Freiburg und Bayreuth. Mangels Interesse im Osten soll offenbar der Westen stärker in die gefälschte „Aufarbeitung“ deutscher Geschichte eingebunden werden. Das betrifft vor allem junge Menschen, wie ein jüngstes Beispiel belegt. So führte ein viertägiger Berlinaufenthalt einer zehnten Klasse aus dem Kreis Gießen an drei Tagen zu „DDR-Gedenkorten“ (Mauermuseum, Tränenpalast, UHA-Hohenschönhausen, DDR-Museum). Lediglich ein Besuch fand an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Bendlerblock) statt, keiner in Plötzensee oder am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow. Dabei hätte sich aktuell im Juni 2021, anlässlich des 80. Jahrestages des Überfalls der faschistischen Truppen auf die Sowjetunion, gerade dort ein Besuch angeboten. Die Auswahl der Besuchsorte richtete sich offenbar nicht nach wirklichen Bildungserfordernissen, sondern nach politischen Orientierungen und der Unterstützung durch Fördermittel.

### Feindschaft gegen Russland

Zahlreiche Veranstaltungen in Ostdeutschland zum 80. Jahrestag des Überfalls sind ein Beweis für die anhaltende Verbundenheit mit den Völkern der ehemaligen Sowjetunion. Das hat seine Ursachen in Jahrzehnten gemeinsamer Geschichte, mit Erfahrungen des Dankes, der Zusammenarbeit und der Freundschaft. Ein Großteil der DDR-Bürger hatte feste Beziehungen zur Sowjetunion durch wissenschaftliche Ausbildung, berufliche, politische und persönliche Verbindungen und freundschaftliche Treffen, und natürlich aufgrund gemeinsamer Ziele und Kämpfe. Das hat zusammengeführt und auch zusammenge schweißt. Umso schmerzhafter empfinden es viele Ostdeutsche, Welch feindselige Politik Deutschland heute gegen die Russische Föderation betreibt. Empört sind sie darüber, dass Russland durch die NATO, einschließlich der Bundeswehr, militärisch bedroht und umzingelt wird, und darüber, dass im Rahmen des Großmanövers „Defender Europe 2021“ US-Panzer und zehntausende Soldaten über „ihr“ Territorium rollen und marschieren. Die Menschen in Ostdeutschland wünschen sich traditionell friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu Russland und zur VR China. Sie erkennen, dass sich die verbale und militärische Aufrüstung vor allem gegen diese beiden Staaten richtet, und der deutsche Imperialismus dabei an vorderster Front steht.

### Ostdeutsches Selbstbewusstsein

Die Innen- und Außenpolitik der BRD ist von Großmachtdenken, Militarisierung und dem Abbau sozialer und demokratischer Rechte bestimmt. Davon ist der weitaus größte Teil der Bevölkerung betroffen, viele Ostdeutsche verspüren dies aufgrund ihrer Erfahrungen und anhaltenden Benachteiligungen jedoch ganz besonders. Immer offensichtlicher werden für sie die Unterschiede zwischen der sozialistischen DDR und der kapitalistischen BRD. Auch durch „industrielle Leuchttürme“, wie sie Bundespräsident Steinmeier jüngst auf Wahlwerbetouren im Osten glorifizierte, lässt sich die Realität nicht verschleiern. In seiner Rede in Dresden appellierte Steinmeier an das „Selbstbewusstsein der Ostdeutschen“. Ja, ostdeutsches Selbstbewusstsein ist notwendig, indem wir, auch, wenn Wahlen das System nicht verändern, gegen die von Steinmeier vertretene und repräsentierte imperialistische Politik stimmen und unsere Stimme der Zukunft geben der Deutschen Kommunistischen Partei.

Bilanz 2 von Dr. Heinz Günter erscheint in der nächsten Ausgabe



### Spät, aber nicht zu spät

Nach der Lektüre meines Buches „Der Sonderermittler. Als Kriminalist in Diensten des MfS“, im Jahr 2020 im Verlag edition berolina in Berlin erschienen, schrieb mir ein bekannter Politiker und Rechtsanwalt: „Das Buch hat einen riesengroßen Fehler, es ist zu spät geschrieben worden.“

Fast hatte er Recht, denn wenige Wochen nach Erscheinen brach Corona über uns herein, und viele geplante Buchvorstellungen mussten abgesagt werden. Aber es gab ja Werbung und Buchhandlungen, und so hatte „Der Sonderermittler“ eine gute Resonanz. Und die wenigen Lesungen vor der Corona-Krise zeigten insgesamt ein sehr großes Interesse an der Arbeit der MfS zum Schutze unserer Menschen und unseres Staates.

Leider wird die Zahl meiner Arbeitspartner immer kleiner, und auch die Menschen werden weniger, mit welchen ich in meiner Tätigkeit Berührung hatte. Und so kann ich resümieren: Mein Buch erschien später, aber nicht zu spät.

Viele der von meinen Mitarbeitern und mir untersuchten Vorkommnisse und Verbrechen sind zwar noch im Internet erreichbar, aber es gibt auch Ereignisse in meinem Leben, die nur noch wenigen Zeitzeugen erinnerlich sind, da es sich nicht um polizeiliche Ermittlungen oder, wie es in unserem Sprachgebrauch hieß, nicht um „politisch-operativ Bedeutsames“ handelte.

Einen solchen, dem Leben abgelauschten Sachverhalt will ich beschreiben. Lange vor dem Erscheinen meines Buches hatte ich den verstorbenen Zeitzeugen Hans-Eberhard Zahn kennengelernt, der in einer Publikation meine Erinnerung an ein Schwimmbecken für Häftlinge in der Haftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen bestätigte.

Hans-Eberhard Zahn, in Westberlin wohnhaft, war vom September 1958 bis zum Oktober 1959 dort Häftling, er war am 11. November 1953 vom MfS festgenommen worden und hatte 67.000 Mark bei sich, die er nach seinen Angaben an notleidende Bürger in der Hauptstadt der DDR übergeben wollte. Das Stadtgericht Berlin hatte ihn wegen Militärsionage zu sieben Jahren Freiheitsentzug verurteilt, den er bis November 1960 verbüßte.

Nach der Haftentlassung setzte er sein Psychologiestudium bis zum Abschluss fort und war dann als wissenschaftlicher Assistent tätig. Als Gründungsmitglied der jetzigen „Gedenkstätte“ in Berlin-Hohenschönhausen war er dann von 2003 bis 2005 Vorstandsmitglied, von 2001 bis 2010 Besucherreferent, und er erhielt 2011 das Bundesverdienstkreuz. Hans-Eberhard Zahn verstarb am 29. August 2013.

Ich zitiere aus einem Buch: „Willkommen bei uns im Lager, begrüßte man uns, und einer bietet mir sogleich eine aus edlem Tabak gedrehte Zigarette an. Welch ein Kontrast, vor Stunden noch Stumpfsinn in der Bautzener Einzelzelle, jetzt ein sonnenbeschenenes Gelände mit – man mag es kaum glauben – einem Schwimmbecken, in dem sich fröhliche Gefangene tummeln.“ Die Veröffentlichung ist auch deshalb beachtlich, weil er bekundet, dass er in dieser Zeit nicht körperlich misshandelt wurde.

Ich lernte Hans-Eberhard Zahn bei einer Buchvorstellung kennen und habe mehrmals mit ihm gesprochen oder ihm zugehört. Er war immer zu einem Gespräch bereit, auch mit uns ehemaligen Angehörigen des MfS. Als er einmal bei einer Präsentation seines Buches gefragt wurde, warum die Besucherreferenten bei den Führungen in der Gedenkstätte sehr voneinander abweichende Schilderungen des Häftlingsalltags von sich geben, antwortete er: „Es ist doch klar, dass dabei gelogen wird, dass sich die Balken biegen.“ Über den Beifall der meisten Teilnehmer an diesem Gespräch war er sehr erstaunt.

Er war der einzige ehemalige Häftling des MfS, der sich in seiner Art solchen Gesprächen stellte und immer höflich und ohne Vorwurf agierte. Auch deshalb ist die Erinnerung an ihn für mich so wertvoll.

Hans Becker

\*

### Zu späte Alternative

Die Zeitungen, die gemeinhin fürs Gruseln zuständig sind, ließen sich kürzlich eine Meldung aus Berlin entgehen (oder umgin-

gen sie lieber), in der das Gruselkabinett eine entlarvende Rolle spielte:

„Lerne leiden ohne zu klagen“, soll Friedrich III 1888 gesagt haben, als er nach 99 Tagen verschied, nicht ohne nach preußischer Art wenigstens in zwei Kriegen als Feldherr fungiert zu haben.

„Lerne klagen ohne zu leiden“ drehte ein Scharlatan den Ausspruch alternativ für Deutschland um und verdingte sich im Kabinett des Dr. Knabe als Führer, also nicht aus Österreich (dessen Haltbarkeit war ja abgelaufen), sondern aus der Ukraine, weshalb er sich einen Namen zulegte, den er für ausreichend ukrainisch hielt. Als Alexander Sbutewitsch mimte er für ein monatliches Salär in Höhe von 2000 Euro seit 2017 einen Leid Tragenden und vergruselte in dieser Zeit eine Heerschar von Schulkindern, damit diesen nachträglich ein Schreck in die Knochen vor der Schreckenherrschaft fährt, die den Osten unseres nun von Geheimdiensten befreiten deutschen Landes bis 1989 im eisigen Griff hielt.

Der Gruselfritze war aber ein Abgeordneter der AfD aus dem Landkreis Dahme/Spreewald, stellvertretender Fraktionsvorsitzender gar.

Wenigstens diese Gruselfunktion in Berlin-Hohenschönhausen ist Herr Sbutewitsch nun los. Vielleicht findet er in einem „Spreewaldkrimi“ wieder eine.

w.k.

\*

### Von Mitglied zu Mitglied

Sehr geehrte Leser von **ISOR aktuell**,

danke an alle Leserinnen und Leser diese Blätter für die freundlichen Worte, die mir als Reaktion auf meinen Artikel vom November 2020 zum Thema Bestattung und Vorsorge zugegangen sind. In zahlreichen Gesprächen war es mir inzwischen möglich, viele Fragen zu beantworten und dem Wunsch zu entsprechen, Vorsorge für den Abschied zu treffen, der uns allen einmal bevorsteht.

Gern beantworte ich Ihnen auch weiterhin alle Fragen, die Sie zu diesem Thema haben und begleite Sie beim Organisieren und Regeln Ihrer persönlichen Vorsorge. Ihr Florian Münter, Bestattungen. Tag und Nacht erreichbar. Tel.: 030/30340447 [www.muenter-bestattungen.de](http://www.muenter-bestattungen.de)

\*

# Die faschistischen Henker haben ihre Nachkommen

Auf dem Weg zur Wahl für den Deutschen Bundestag komme ich am Denkmal für Dr. Richard Sorge vorbei. Ein bescheidenes Denkmal am Eingang zum Kaßberg, dem bedeutenden Gründerzeitviertel in Chemnitz, wo viel Wohlsituier-

nichtungskrieg geschändet. Richard Sorge lieferte Nachrichten von großem militärischen Wert an die Sowjetunion, die halfen, dem Blitzkrieg vor Moskau Einhalt zu gebieten und die Wende zum Besseren einzuleiten. Bereits An-



te ihre zu Hause gefunden haben und Kinder sowie Jugendlich in humanistischen Gymnasien fürs Leben lernen. Hier steht auch die Villa, wo die schwarzen und braunen Banden 1938 den Geschäftsführer des Warenhauses Tietz, Hermann Fürstenberg, ermordeten und aufrechte Kämpfer gegen den Faschismus im sächsischen, von viktorianischer Architektur geprägten Gefängnis eingesperrt und zu Tode kamen.

Gleich gegenüber dem kleinen Park mit Denkmal stand eine Dienststelle der NSDAP.

Und heute, wurde erneut das Denkmal für einen selbstlosen Kunstschafter und Widerstandskämpfer gegen den faschistischen Ver-

fang der 1990er Jahre wurde die ihn ehrenden Bronzeplatte gestohlen und vor wenigen Jahren durch den Chemnitzer Bund der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten und Chemnitzer Antifaschistinnen und Antifaschisten neu angebracht.

Ende September wurde sie zerkratzt und nunmehr mit roter Farbe beschmiert.

Der Kampf um die Umsetzung der Forderung „Nie wieder Faschismus- Nie wieder Krieg“ muss mit aller Konsequenz weiter geführt werden. Schaut nicht weg und übt Null-Toleranz gegenüber den Neonazis!

Raimon Brete, Chemnitz

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,  
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 29.09.2021

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.10.2021

Einstellung im Internet: 05.11.2021

Auslieferung: 10.11.2021

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag, 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: http://www.isor-sozialverein.de

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr  
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16